



Nr. 67 | 31.10.2023

Belarus-Analysen

- Regierungsfreundliche Kundgebungen
- Visaeinschränkungen für Diaspora

■ ANALYSE	
Demonstrationen für Lukaschenka: Viel, laut und mit null Effekt? Stas Gorelik (George Washington University/Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)	2
■ UMFRAGE	
Regierungsfreundliche Kundgebungen und Polarisierung in Belarus	6
■ DEKODER	
Ein Akt der Rache Igor Lenkewitsch (Journalist aus Belarus)	8
■ CHRONIK	
01. Juni – 31. August 2023	10

Demonstrationen für Lukaschenka: Viel, laut und mit null Effekt?

Stas Gorelik (George Washington University/Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)

DOI: 10.31205/BA.067.01

Zusammenfassung

Die regierungsfreundlichen Demonstrationen, Konzerte und Foren waren ein Teil der Antwort des Lukaschenka-Regimes auf die demokratischen Proteste von 2020. Wie sehr mag diese Mobilisierung von Anhängern hilfreich für den Diktator in Belarus gewesen sein, und wie sehr konnte Lukaschenka dadurch populärer erscheinen? Zur Beantwortung dieser Fragen wird in diesem Beitrag ein Online-Umfrageexperiment analysiert, das im Sommer 2020 in Belarus durchgeführt wurde. Die Antworten zeigen, dass diese Aktionen Lukaschenkas Position wohl kaum gestärkt haben dürften. Allerdings ist meine Studie exploratorischer Natur, und die Schlussfolgerungen bedeuten natürlich nicht, dass Demonstrationen für Autokrat*innen nicht auch erfolgreich sein können. Es sind noch eingehendere Untersuchungen vonnöten, um festzustellen, wann genau derartige Veranstaltungen die Wähler von der Popularität eines Regimes überzeugen können und wann nicht.

Regimefreundliche Mobilisierung auf der Straße: Belarus und andere Autokratien

Nach den Präsidentschaftswahlen 2020 sind die Belarus*innen nicht nur gegen Aljaksandr Lukaschenka auf die Straße gegangen, sondern auch für ihn. Allerdings ist unklar, welchen Einfluss diese regimefreundlichen Aktionen auf die tatsächlichen Vorstellungen in der Gesellschaft hatten, die das Regime gutheißten. Anfangs handelte es sich um Versammlungen, an denen sich im ganzen Land Tausende beteiligten. Die wurden von Autokorsos abgelöst, bei denen die staatlichen grün-roten Flaggen gezeigt wurden. In der Hauptstadt stellten sich Anhänger von Lukaschenka auf, um die Sicherheitskräfte zu »begrüßen«, die loszogen, um die oppositionellen Proteste zu unterdrücken. Schließlich organisierte die Regierung einige Konzerte und Konferenzen zur eigenen Unterstützung. So fand beispielsweise im September 2020 das Frauenforum »Für Belarus« statt, das deutlich machen sollte, dass nur wenige Belarusinnen gegen die Willkür der Miliz protestieren würden, die meisten aber angeblich auf Seiten des herrschenden Regimes stünden.

Eines der offensichtlichen Ziele dieser Massenmobilisierung bestand darin, die Wähler*innen davon zu überzeugen, dass das Regime wirklich Popularität genieße. Damit sollten gleichzeitig Verwürfe entkräftet werden, dass die Wahlen gefälscht wurden. Studien zeigen, dass Menschen in der Tat ihre politische Haltung ändern können, unter anderem die Bereitschaft zu protestieren, und zwar in Abhängigkeit davon, was andere denken.

Auch wenn in Wirklichkeit sehr viel mehr Belarus*innen an den Protesten teilnahmen, die 2020 einen Rücktritt Lukaschenkas forderten (Studien des ZOiS zufolge mindestens 700.000) als an Demonstrationen für das Regime, sollte dennoch die Mobilisierung zur

Unterstützung des Regimes nicht als bedeutungslos eingeschätzt werden. Aus Grafik 1 auf S. 6, die auf Expertenberechnungen des Projektes »Varieties of Democracy« beruht, geht hervor, dass 2020 die Dimensionen der regierungsfreundlichen Demonstrationen und Versammlungen in Belarus insgesamt größer waren als in anderen Autokratien, in denen in jenem Jahr Wahlen stattfanden. Die Grafik zeigt darüber hinaus, dass derartige Aktionen zur Unterstützung von Lukaschenka eine Neuheit der belarusischen Politik darstellen, da sie früher nur äußerst selten stattfanden.

Belarus ist nur eines der vielen autoritär regierten Länder, in denen Demonstrationen und andere Veranstaltungen zur Unterstützung des Regimes organisiert werden. Gleichwohl beginnt eine solche regimefreundliche Mobilisierung des Öfteren als Antwort auf Aktivitäten der Opposition, und sie ist dementsprechend insbesondere im Kontext von Wahlen wahrscheinlich. Eines der markantesten Beispiele im postsowjetischen Raum ist die Reihe von Demonstrationen für »Einiges Russland« und Putin, die 2011 und 2012 vom Kreml initiiert wurden, nachdem Zehntausende Russ*innen mit der Forderung auf die Straße gegangen waren, die Parlamentswahlen zu wiederholen und dabei fair zu gestalten. Anfangs, Ende 2011, war der Umfang der Aktionen zur Unterstützung von »Einiges Russland« zwar nicht sonderlich beeindruckend, doch im Frühjahr 2012 kamen in Moskau Hunderttausende zu Pro-Putin-Demonstrationen zusammen. Seit Anfang der 2000er Jahre fanden derartige elektorale Demonstrationen zur Unterstützung des jeweils herrschenden Regimes auch in Venezuela, in der Ukraine, in Aserbaidschan, im Iran, in Kasachstan und in Hongkong statt.

Somit ergibt sich der Wert der vorliegenden Studie aus Folgendem:

1. Sie stellt einen Versuch dar, zu identifizieren, inwieweit die oben beschriebenen regimerefreundlichen Veranstaltungen effektiv waren, und sie zeigt die Schwierigkeiten auf, die bei der Durchführung solcher Untersuchungen unter Einsatz von Umfrageexperimenten bestehen. Es geht nicht einfach um »historische« Fragen. Diese können auch bei zukünftigen Wahlgängen aktuell werden, falls es in Belarus erneut zu oppositionellen Protesten kommt. Mehr noch: Das Regime von Lukaschenka organisiert auch nach 2020 weiterhin Massenveranstaltungen, um eine angeblich bestehende allgemeine Zustimmung zum Regime zu demonstrieren. So wurde beispielsweise am 17. September dieses Jahres ein »patriotisches Forum« mit Tausenden Teilnehmer*innen organisiert. Dort wurde der neue staatliche Feiertag der nationalen Einheit begangen.
2. Eine Analyse des Beispiels Belarus kann auch bei der Untersuchung regierungsfreundlicher Demonstrationen in anderen autoritär regierten Ländern hilfreich sein. Hier ist allerdings zu erwähnen, dass solche Massenveranstaltungen nicht nur im Kontext von Wahlen organisiert werden, sondern auch z. B. als Antwort auf internationale Krisen. So werden etwa in Russland seit dem Februar 2022 ständig Demonstrationen, Konzerte und Flashmobs zur Unterstützung des vom Kreml angezettelten Krieges organisiert.

Das belarusische Experiment zu regimerefreundlichen Demonstrationen

Zur Einschätzung der Effektivität der Massenmobilisierung für Lukaschenka werden in diesem Beitrag die wichtigsten Daten aus dem Experiment vorgestellt, das in Belarus im Sommer 2022 durchgeführt wurde. Die Untersuchung wurde in eine Online-Umfrage aufgenommen, die Chatham House vom 4. bis 21. August 2022 (Die Ausgangsdaten des Experiments sind beim Autor erhältlich: stasgorelik@gwmail.gwu.edu). Das Experiment wurde vorab vom Institutional Review Board der George-Washington-Universität auf seine ethische Akzeptabilität geprüft und angenommen. Rund 800 Befragte haben die Fragen der Studie beantwortet, nachdem sie zuvor nach dem Zufallsprinzip eine von zwei Vignetten erhalten hatten. In einer Kontrollgruppe wurde die Hälfte der Teilnehmer*innen des Experiments daran erinnert, dass 2020 in Belarus Demonstrationen gegen Lukaschenka stattfanden. Die andere Hälfte der Stichprobe erhielt den gleichen Text der allerdings um die Information ergänzt, dass neben den oppositionellen Demonstrationen auch recht große Versammlungen zur Unterstützung von Lukaschenka stattfanden. Die beiden Gruppen unterschieden sich ursprünglich nicht wesentlich voneinander, was die wichtigsten sozialen und demographischen Merkmale und den Grad der Unterstützung für das

Regime anbelangt. Anschließend wurden den Respondent*innen drei Fragen vorgelegt. Sie konnten der Aussage zustimmen, dass bei den Wahlen Lukaschenka oder eben, im Gegenteil, Zichanouskaja über 50 Prozent der Stimmen erhalten haben. Sie sollten zudem einschätzen, wie freiwillig die Teilnahme der Belarus*innen an den regierungsfreundlichen Demonstrationen war.

Text der Vignetten:

Kontrollgruppe: 2020 fanden in Belarus Demonstrationen und Aktionen gegen Lukaschenka und für die Ansetzung neuer Präsidentschaftswahlen statt.

Regierungsfreundliche Versammlungen: 2020 fanden in Belarus Demonstrationen und Aktionen gegen Lukaschenka und für die Ansetzung neuer Präsidentschaftswahlen statt. Gleichzeitig fanden auch Demonstrationen und Aktionen zur Unterstützung für Lukaschenka statt, an denen Tausende Menschen teilnahmen.

Text der anschließenden Fragen (post-treatment questions):

Frage 1: Inwieweit stimmen Sie der Behauptung zu oder nicht, dass Lukaschenka bei den Wahlen 2020 über 50 Prozent der Stimmen errang?

Frage 2: Und inwieweit stimmen Sie der Behauptung zu oder nicht, dass Zichanouskaja bei den Wahlen 2020 über 50 Prozent der Stimmen errang?

Frage 3: Was die Demonstrationen und Aktionen zur Unterstützung für Lukaschenka anbelangt, die 2020 nach den Wahlen stattfanden: Inwieweit stimmen Sie der Behauptung zu oder nicht, dass die meisten einfachen Leute an diesen Demonstrationen und Aktionen teilnahmen, dies wegen Druck durch Arbeitgeber oder gegen eine Bezahlung taten?

Bevor ich zur Analyse der Antworten übergehe, ist anzumerken, dass die Schlussfolgerungen aus diesem und anderen Experimenten mit Vorsicht zu genießen sind.

- Diese Umfrage dürfte wohl kaum einen repräsentativen Querschnitt der öffentlichen Meinung darstellen. Wie Chatham House zu seinen Berichten anmerkt, erfassen seine Online-Umfragen in Belarus nur die städtische Bevölkerung, die Zugang zum Internet hat. Außerdem gab es bei dem hier analysierten Experiment deutlich mehr Frauen (60 %) als Männer (40 %), was allerdings keinen wesentlichen Einfluss auf die unten vorgestellten Ergebnisse hat. Eine eingehendere Analyse dieses Problems, auf dessen Grundlage diese Schlussfolgerung erfolgt, ist in dem Text nicht enthalten. Auch ist angesichts der zunehmenden Repressionen wohl zurecht davon auszugehen, dass ein beträchtlicher Teil der Belarus*innen sich schlicht weigert, an dieser oder anderen Umfragen teilzunehmen, wo sie nach politischen Ansichten

gefragt werden. Daher werden in den Stichproben von Chatham House und anderen Forschungsorganisationen vor allem Belarus*innen erfasst, die entweder nichts von den politischen Repressionen wissen oder diese für gerechtfertigt halten (höchst loyale Anhänger des Regimes). Oder aber sie sind bereit, das Risiko einzugehen, ihre Ansichten zu äußern. Wie breit diese Gruppen allerdings in der Gesamtbevölkerung vertreten sind, ist eine offene Frage.

- In dem Experiment hatten die Respondent*innen Ereignisse zu bewerten, die fast zwei Jahre zurücklagen, und ihre Antworten könnten sich natürlich nicht nur auf die eigenen Erinnerungen an die Krise von 2020 stützen. Mit großer Wahrscheinlichkeit haben auch die Ereignisse, die es seither in Belarus und der Welt gab, auf die Ansichten der Befragten Einfluss gehabt. Nichtsdestotrotz erlaubt das hier beschriebene Experiment, angesichts fehlender alternativer Daten, zumindest eine exploratorische (vorläufige) Vorstellung davon, wie regierungsfreundliche Demonstrationen sich auf die öffentliche Meinung auswirkten. Es ist *eine der möglichen Methoden* zur Erforschung dieses Phänomens.
- In dem Beitrag wird nur die *visuelle* Analyse der wichtigsten Ergebnisse des Experiments vorgelegt, was allerdings trotz des Fehlens streng formaler Tests (wie etwa OLS-Regressionen) recht detaillierte Schlussfolgerungen erlaubt.
- Zu erwähnen ist, dass die Antworten der Befragten in Übereinstimmung mit deren politischen Präferenzen dargestellt werden. Hierzu haben wir die Standardfrage von Chatham House zur Unterstützung für Lukaschenka eingesetzt, mit deren Hilfe seine Anhänger*innen (28,47 %) und seine Gegner*innen (26,44 %) identifiziert wurden, wie auch jene mit einer neutralen Haltung (45,1 %). Aus Platzgründen lasse ich die Frage ausgeklammert, inwieweit diesen Antworten zu politischen Ansichten geglaubt werden kann. Dennoch gehe ich insgesamt davon aus, dass selbst wenn viele Befragte ihre Zustimmung zu Lukaschenka oder eine »neutrale« Haltung vorgeäußert haben sollten, dies wohl kaum den Kern der Ergebnisse verändern dürfte.

Die wichtigsten Ergebnisse

Grafik 3 auf S. 7 zeigt, wie die Befragten die Wahlergebnisse Lukaschenkas in Abhängigkeit von den im Experiment erhaltenen Informationen. Wer sich als Anhänger*in des Regimes bezeichnete, war dann noch stärker von einem Sieg Lukaschenkas, als er/sie die Vignette über die Demonstrationen zu seiner Unterstützung gelesen hatten. Dennoch ist die Zunahme des Anteils dieser Befragten (um 7,8 Prozentpunkte) beim Szenario regierungsfreundliche Demonstrationen statistisch nicht relevant (Chi-Quadrat-Test). Andererseits nahm unter den »Neutralen«

unter den gleichen Bedingungen der Anteil derjenigen zu (um 7,5 Prozentpunkte), die nicht zustimmten, dass Lukaschenka 2020 über die Hälfte der Stimmen errungen haben könnte. **Womöglich signalisierten Demonstrationen zur Unterstützung des herrschenden Regimes für Wähler mit einer unklaren politischen Haltung nicht, dass das Regime populär ist, sondern eher, dass es nicht vom eigenen Rückhalt überzeugt ist.** Die Antworten der offenen Gegner*innen Lukaschenkas schließlich waren bei beiden Szenarien ungefähr gleich verteilt.

Aus Grafik 4 auf S. 7 geht hervor, wie die Teilnehmer*innen am Experiment die Werte für Zichanouskaja bei den Wahlen 2020 einschätzten. Die Befragten, die ihre Unterstützung für das herrschende Regime bekundet hatten, änderten beim Szenario regierungsfreundliche Demonstrationen ihre Ansichten zu dieser Frage kaum. In der Gruppe der »Neutralen« jedoch, die die Informationen über Demonstrationen für Lukaschenka erhalten hatten, verringerte sich die Anzahl derjenigen beträchtlich (um fast 9 Prozentpunkte), die meinten, dass Zichanouskaja nicht die Mehrheit errungen haben könnte. Dementsprechend stieg die Zahl derjenigen, die von ihrem Sieg überzeugt waren, wie auch jener, die sich mit einer Antwort schwertaten. Was die am stärksten oppositionell eingestellten Befragten angeht, so stieg bei denen überraschend der Anteil jener (um fast 8 Prozentpunkte), die der Ansicht nicht zustimmten, dass Zichanouskaja über 50 Prozent errungen haben könnte. Allerdings ist zu erwähnen, dass es in der Kontrollgruppe nur zwei dieser Befragten gab (unter 104). Unter diesen Umständen, wenn nämlich nur vereinzelte Teilnehmer*innen eine bestimmte Antwort wählten, sind sämtliche festgestellten Effekte mit äußerster Vorsicht zu behandeln.

Die in den Grafiken 3 und 4 auf S. 7 vorgelegte visuelle Analyse besagt allgemein, **dass regierungsfreundliche Demonstrationen von den Befragten wohl nicht als überzeugende Signale für eine Popularität Lukaschenkas wahrgenommen wurden.**

Wie ließen sich diese Ergebnisse erklären? Es gibt mindestens zwei potenzielle Gründe, die hier eingehender zu betrachten sind.

Zum einen könnte man annehmen, dass viele Belarus*innen – insbesondere neutral oder oppositionell eingestellte – der Ansicht sind, dass die meisten, die auf regierungsfreundliche Demonstrationen gehen, dies aufgrund von Druck durch den Arbeitgeber oder für Geld tun. In der Tat hat es Ende 2020 in unabhängigen belarusischen Medien und sozialen Netzwerken recht viele Meldungen hierüber gegeben. Allerdings waren nur rund 38 Prozent der Teilnehmer*innen dieser Ansicht, wie aus den Antworten auf die dritte Post-Treatment-Frage hervorgeht. Zudem verändern sich die oben beschriebenen Effekte nur unerheblich, wenn man nur die Antworten

jener Befragten nimmt (rund 62 %), die meinten, dass Zwang oder Geld die entscheidenden Motive waren, 2020 an regimerefreundlichen Demonstrationen teilzunehmen.

Zweitens wurde im Experiment zwar gesagt, dass Tausende Belarus*innen für Lukaschenka auf die Straße gingen, doch darf man annehmen, dass die oppositionellen Proteste dennoch in den Augen vieler Befragter ein um ein Mehrfaches größeres Ausmaß hatten. Dementsprechend war es schwer für sie, ihre Meinung darüber zu ändern, wer bei den Wahlen 2020 den Sieg errungen haben könnte. Da die Teilnehmer*innen des Experiments lediglich an reale Ereignisse »erinnert« wurden (sie also nicht aufgefordert wurden, sich hypothetisch Demonstrationen vor Augen zu führen), konnten die Vignetten keine Informationen über tatsächlich große Aktionen für Lukaschenka enthalten, die der Größe der Opposition entsprachen – und zwar schlicht deshalb, weil es sie nicht gab.

Schlussbemerkungen

Zum Schluss ist erneut zu betonen, dass diese Studie lediglich als eine exploratorische aufgefasst werden sollte. Nachfolgende Umfrageexperimente zum Thema regimerefreundliche Demonstrationen sollten auf der Basis von repräsentativeren Stichproben durchgeführt werden. Sie sollten auch Treatments beinhalten, in denen auch Versammlungen und Demonstrationen gleicher Größe beschrieben sind. Darüber hinaus könnte eine weitere Methode zur Erforschung der regimerefreundlichen Mobilisierung und ihrer Folgen darin bestehen,

Umfragen gleich während Protesten und den Gegenaktionen von Seiten des Staates durchzuführen, falls es in Belarus erneut dazu kommen sollte. Untersuchungen dieser Art, die in »Realzeit« vorgenommen werden, könnten zu den verlässlichsten Datenquellen werden.

Der Fall Belarus muss zudem nach Möglichkeit mit anderen autoritären Regimen verglichen werden, wo die Auswirkungen regimerefreundlicher Mobilisierung sich völlig anders darstellen könnten. So kommt etwa die Polarisierung der politischen Ansichten in Belarus immer stärker zum Tragen: Den jüngsten Daten von Expert*innen des Projektes V-Dem zufolge ist die politische Polarisierung in Belarus eine der stärksten weltweit. Daher könnten regimerefreundliche Demonstrationen – oder jedwede andere vom Staat initiierte Formen der Einflussnahme – nur eine sehr geringe Wirkung auf die Gegner Lukaschenkas haben, für die Lukaschenkas Regime unter allen Umständen bar jeder Legitimität dasteht. Gleichzeitig könnte sich etwa herausstellen, dass Lukaschenkas Anhänger*innen Informationen darüber ignorieren, dass viele Teilnehmer*innen an regimerefreundlichen Demonstrationen dies auf Anweisung ihrer Vorgesetzten tun, und nicht wegen des aufrichtigen Wunsches, ihre Unterstützung für das Regime zu zeigen. In anderen Ländern könnte dieses Problem weniger prägnant sein. Etwa in Russland, wo die gegenseitige Ablehnung der Gegner*innen und Anhänger*innen Putins noch keine extremen Formen angenommen hat.

Übersetzung aus dem Russischen: Hartmut Schröder

Über den Autor

Stas Gorelik ist Doktorand der Politikwissenschaft an der George-Washington-Universität und Gastwissenschaftler an der Forschungsstelle Osteuropa der Universität Bremen. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören autoritäre Politik und Wahlmanipulationen.

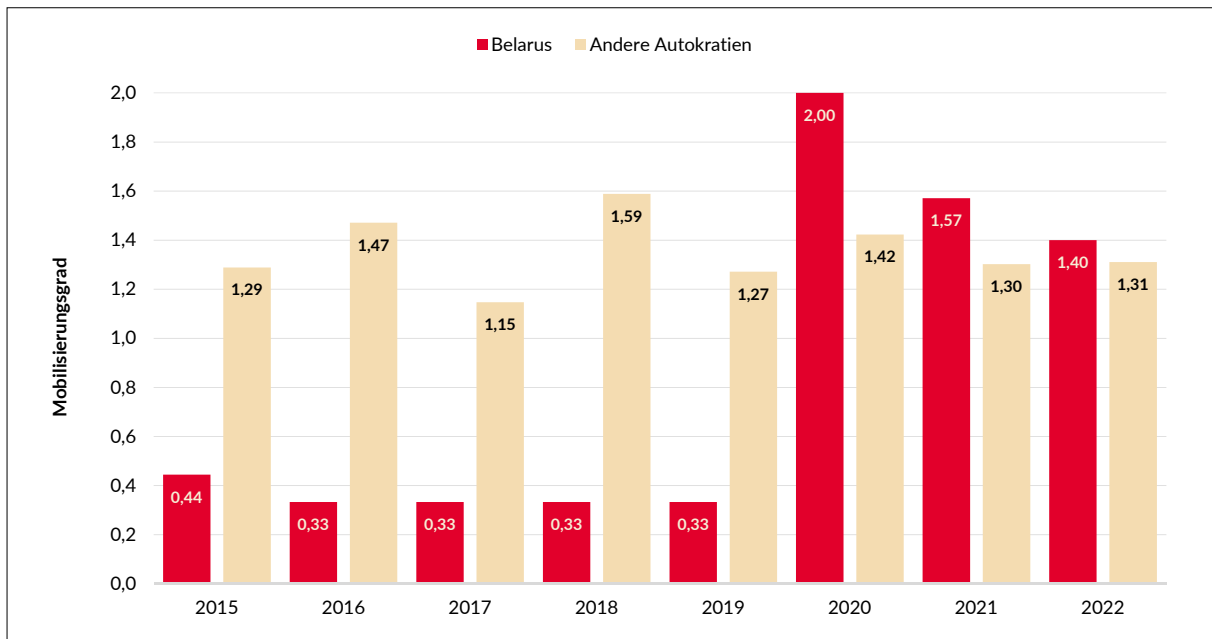
Lesetipps

- Aytaç, S. E.; S. C. Stokes: *Why bother?: Rethinking participation in elections and protests*. Cambridge University Press: Cambridge 2019.
- Buckley, N.; K. L. Marquardt, O. J. Reuter, K. Tertychnaya: *Endogenous popularity: How perceptions of support affect the popularity of authoritarian regimes* [The Varieties of Democracy Institute: Working Paper, Series 2022:132], auch in: *American Political Science Review*, 2022, S. 1–7; https://www.v-dem.net/media/publications/Working_Paper_132.pdf.
- Douglas, N.; R. Elsner, F. Krawatzek, J. Langbein, G. Sasse: *Belarus at Crossroads: Attitudes on Social and Political Change* [=ZOiS Report, Nr. 3/2021], März 2021; https://www.zois-berlin.de/fileadmin/media/Dateien/3-Publikationen/ZOiS_Reports/2021/ZOiS_Report_3_2021.pdf.
- Ekiert, G.; E. J. Perry, X. Yan (Hg.): *Ruling by other means: State-mobilized movements*. Cambridge University Press: Cambridge 2022.
- Hellmeier, S.; N. B. Weidmann: *Pulling the strings? The strategic use of pro-government mobilization in authoritarian regimes*, in: *Comparative Political Studies*, 53.2020, Nr. 1, S. 71–108.
- Reuter, O. J.: *D. Szakonyi: Electoral manipulation and regime support: survey evidence from Russia*, in: *World Politics*, 73. 2021, Nr. 2, S. 275–314.
- Smyth, R.; A. Sobolev, I. Soboleva: *A well-organized play: Symbolic politics and the effect of the pro-Putin rallies*, in: *Problems of Post-communism*, 60.2013, Nr. 2, S. 24–39.

UMFRAGE

Regierungsfreundliche Kundgebungen und Polarisierung in Belarus

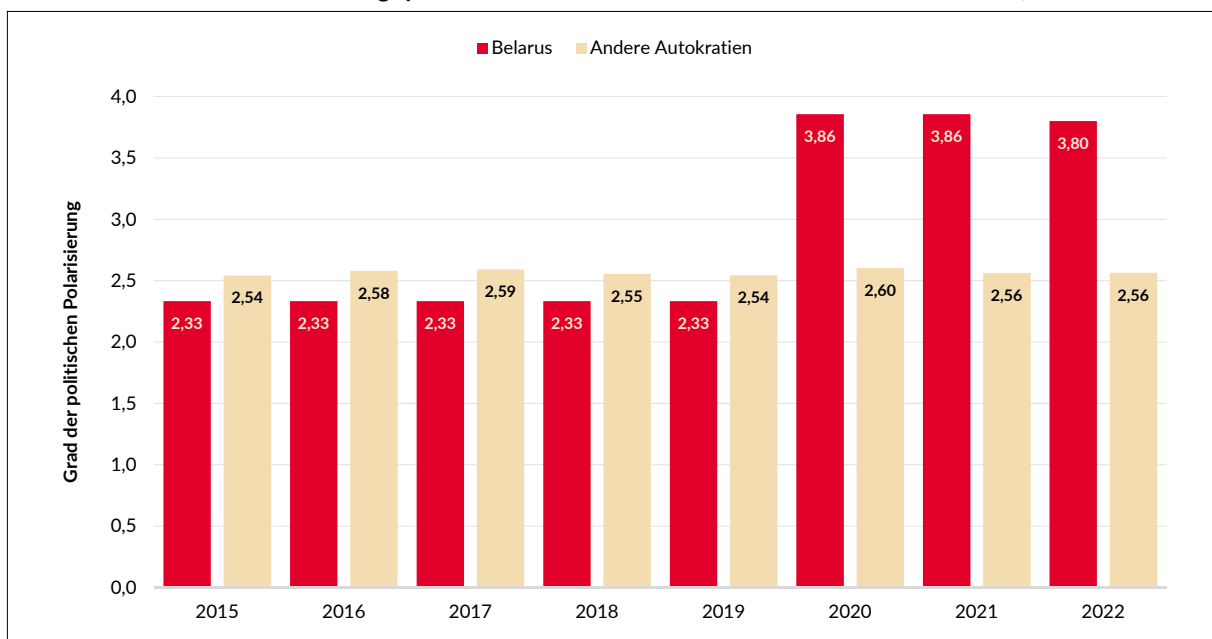
Grafik 1: Das Ausmaß* regierungsfreundlicher Kundgebungen und Aktionen in Belarus und anderen Autokratien, 2015–2022



* von 0 (fast keine Veranstaltungen) bis 2 (viele kleine Veranstaltungen)

Quelle: Varieties of democracy Dataset, v. 13 (2023); Indikator für Belarus: mobilization for autocracy (_mean). Indikator für andere Autokratien: der durchschnittliche Indikator »mobilization for autocracy« in allen Wahl-Nichtdemokratien (electoral non-democracies), in denen in den angegebenen Jahren Wahlen stattgefunden haben.

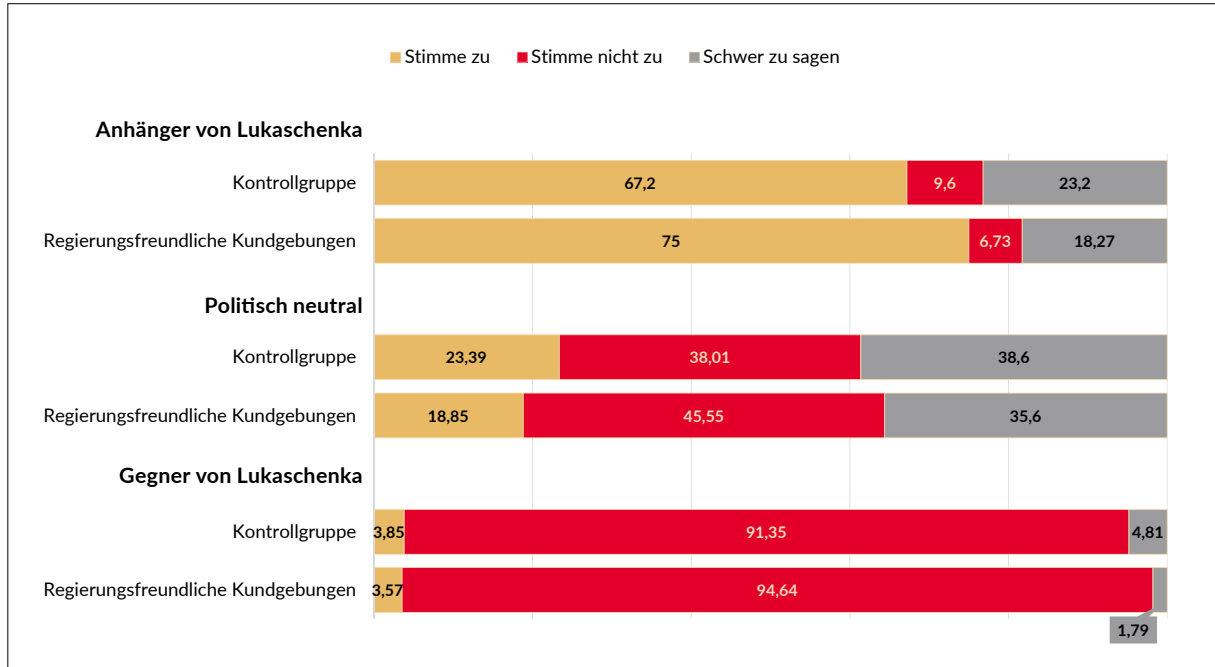
Grafik 2: Grad der Polarisierung* politischer Ansichten in Belarus und anderen Autokratien, 2015–2022



* von 2 (geringe Polarisierung) bis 4 (erhebliche Polarisierung)

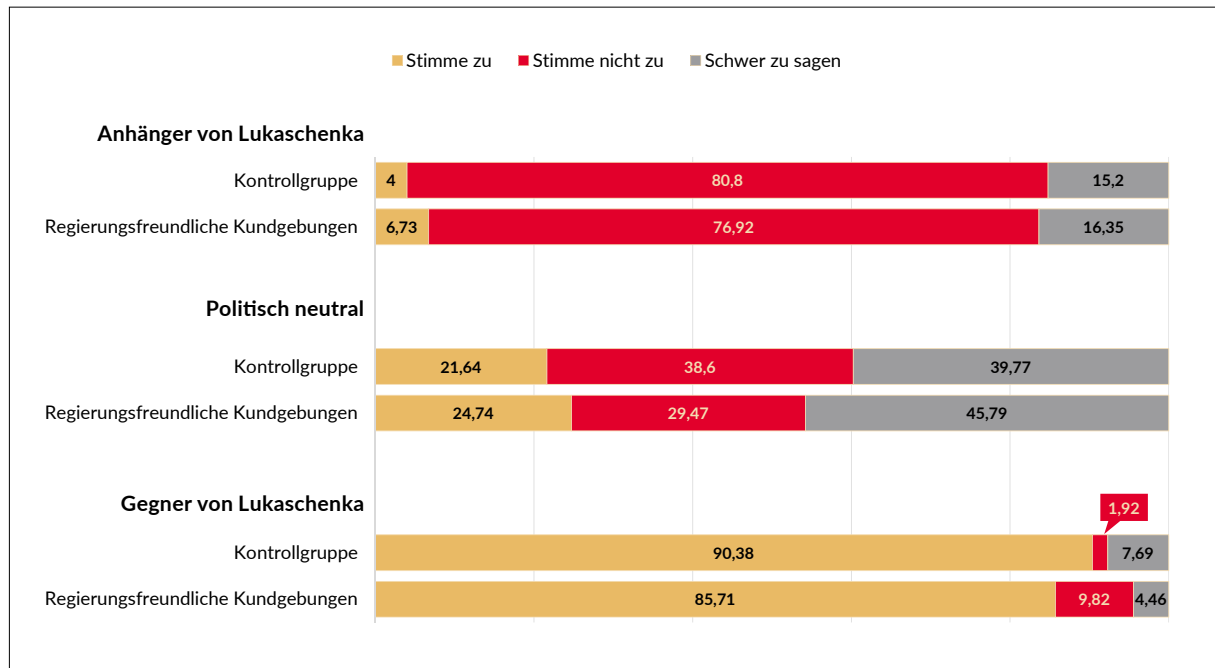
Quelle: Varieties of democracy Dataset, v. 13 (2023); Indikator für Belarus: political polarization (_mean). Indikator für andere Autokratien: der durchschnittliche Indikator »political polarization« in allen Wahl-Nichtdemokratien (electoral non-democracies).

Grafik 3: Ergebnisse des Umfrageexperiments: Zustimmung der Befragten dazu, dass Lukaschenka bei den Präsidentschaftswahlen 2020 mehr als 50 % der Stimmen erhalten konnte (%)



Quelle: Das Experiment wurde im Rahmen der 11. Umfragewelle von Chatham House in Belarus (4.-21. August 2022) durchgeführt.

Grafik 4: Ergebnisse des Umfrageexperiments: Zustimmung der Befragten dazu, dass Zichanouskaja bei den Präsidentschaftswahlen-2020 mehr als 50 % der Stimmen erhalten haben konnte (%)



Quelle: Das Experiment wurde im Rahmen der 11. Umfragewelle von Chatham House in Belarus (4.-21. August 2022) durchgeführt.

Ein Akt der Rache

Igor Lenkewitsch (Journalist aus Belarus)

Zusammenfassung von dekode

Der neue Präsidialerlass mit der Nummer 278 hat es in sich: Belarussen, die im Ausland leben, erhalten an den diplomatischen Vertretungen ihrer Länder keine Ausweisdokumente mehr, können ihre Pässe nicht mehr verlängern, zudem sind auch Eigentumsengeschäfte von der neuen Regelung betroffen. Für all das müssen sie nun nach Belarus reisen, wovon sich viele Belarussen scheuen. Vor allem die rund 170.000, die nach den Protesten von 2020 ins Ausland geflohen sind.

Andrej Strishak von BYPOL sieht den neuen Präsidialerlass in einer langen Kette von Maßnahmen: »Das belarussische Regime beschneidet seit 2020 konsequent die Möglichkeiten für Diaspora und Emigranten. Zunächst wurde angekündigt, dass man im Ausland nicht mehr an Wahlen teilnehmen kann. Der zweite Schritt besteht darin, Menschen die Staatsbürgerschaft zu entziehen, weil sie in »extremistischen Formationen« mitwirken oder unter »extremistischen« oder »terroristischen« Paragraphen vorbestraft sind. Und jetzt kommt diese Geschichte mit den Pässen.« Oppositionsführerin Swetlana Tichanowskaja warnt ihre Mitbürger vor einer Rückkehr nach Belarus: »Selbst wenn Ihr Pass abläuft, sollten Sie nicht in Ihr Heimatland zurückkehren, wenn Sie Verfolgung riskieren.«

Das Online-Medium Reform.by hat sich den Präsidialerlass genauer angeschaut und analysiert mögliche Beweggründe der belarussischen Machthaber für diesen Schritt, der die Exilbelarussen aufwühlt.

Einfach ausgedrückt, beim Verkauf von Eigentum werden keine Vollmachten mehr akzeptiert, die von Notaren im Ausland beglaubigt wurden. Ebenso können laut dem neuen Erlass keine Vollmachten in der belarussischen Botschaft des Aufenthaltslandes ausfertigt werden. Dasselbe gilt für eine Vielzahl anderer Dokumente, die belarussische Staatsbürger bislang in den diplomatischen Vertretungen und Konsulaten im Ausland neu beantragen oder verlängern konnten.

Der Erlass tritt mit dem Zeitpunkt seiner offiziellen Bekanntmachung in Kraft. Aus dem Text des Dokumentes geht hervor, dass Immobiliengeschäfte nur noch persönlich oder auf Grundlage einer Vollmacht getätigt werden können, die auf dem Gebiet von Belarus beglaubigt wurde. Auch eine Reihe weiterer sensibler bürokratischer Anliegen fallen unter diese Beschränkung. Dazu gehören standesamtliche Urkunden und Bescheinigungen, die für die Eheschließung notwendig sind, die Ausstellung von Zeugniskopien, die Beglaubigung offizieller Dokumente und vieles mehr.

Auch die Beantragung eines neuen Passes oder die Verlängerung seiner Gültigkeitsdauer wird nicht mehr ohne einen Besuch in der Heimat möglich sein. Im Erlass heißt es, dass Reisepässe an Staatsbürger, die dauerhaft im Ausland leben und beim zuständigen Konsulat gemeldet sind, nur von den Meldebehörden am Ort der letzten Meldeadresse im Inland ausgestellt werden können. Alle Dokumente, die bis zum Inkrafttreten des Erlasses beantragt wurden, werden noch nach dem bislang geltenden Verfahren bearbeitet. Doch wer das nicht geschafft hat, steht über kurz oder lang vor dem Problem eines abgelaufenen oder, schlimmer noch, verlorenen Passes.

Mehr als nur Rache

Das Ziel, das die Auftraggeber und Verfasser dieses Erlasses verfolgen, ist klar: Den Belarussen, die das Land aus Sicherheitsgründen verlassen haben, soll das Leben so schwer wie möglich gemacht werden. Rache an den Emigranten – eine weitere Form der Repression. Auf die ein oder andere Weise trifft der Erlass alle Staatsbürger unseres Landes, die im Ausland leben. Doch während die neuen Regelungen für diejenigen, die in der Heimat keine Festnahme aus politischen Gründen fürchten müssen, nur einen Verlust an Zeit und Geld für die Fahrt bedeuten, stellen sie die politischen Emigranten vor reale Probleme. Und im Moment ist noch nicht absehbar, wie diese gelöst werden können.

Mit dem Erlass erkennt die Regierung indirekt das Problem und den Umfang der Emigration aus Belarus seit 2020 an. Entsprechende Beschränkungen ausschließlich für öffentliche Vertreter und Aktivisten der Demokratiebewegung einzuführen, hätte keinen besonderen Sinn gemacht. Für diese Gruppe gibt es andere Gesetzesartikel, die unter anderem die Konfiszierung des Eigentums und die Aberkennung der Staatsangehörigkeit vorsehen. Daher sind die im Erlass verankerten Regelungen gegen die Mehrheit der Emigranten gerichtet. Sie entziehen faktisch allen, die in Belarus mit Verfolgung rechnen müssen, die Möglichkeit, in der Heimat befindliches Eigentum zu verkaufen oder zu überschreiben. Zudem erschweren sie die Legalisierung des Aufenthaltes im Zufluchtsland.

Der Beschluss ist ein empfindlicher Schlag für alle Emigranten, die bislang noch unentschlossen waren, ob sie ihr Eigentum in der Heimat verkaufen oder lieber abwarten sollten. Für alle also, die auf eine baldige Rückkehr und eine perspektivische Änderung der Situation hofften. Einerseits hat die Regierung nach den Ereignis-

sen von 2020 den Menschen drei Jahre Zeit gegeben, um Eigentumsangelegenheiten und Dokumente in Ordnung zu bringen. Doch viele Menschen wollten oder konnten aus verschiedenen Gründen nicht alles aufgeben, was ihnen in der Heimat geblieben war. Nun werden solche Rechtsgeschäfte unmöglich, es sei denn, man geht ein Risiko ein, das längst nicht alle auf sich nehmen werden.

Der Erlass wird auch jene beeinflussen, die bislang über eine Emigration nachdenken. In Anbetracht der Probleme, die sich perspektivisch daraus ergeben und der Notwendigkeit, vor der Ausreise alle Brücken abzubrechen, indem man allen Besitz verkauft, könnten einige ihre Emigrationspläne gezwungenermaßen durchaus aufgeben.

Die Verfasser des Erlasses verfolgen vermutlich noch ein weiteres Ziel: Wenigstens diejenigen zur Rückkehr ins Land zu zwingen, die unverzüglich Eigentums- oder Passangelegenheiten erledigen müssen. Wahrscheinlich werden sie möglichst vielen, die ein Risiko eingehen, Strafverfahren anhängen. Da die vom Regime geschaffene Rückkehrerkommission keine Ergebnisse brachte, mussten andere Methoden gefunden werden, um die Emigranten zur Rückkehr zu zwingen.

Natürlich steht es jedem frei, das selbst zu entscheiden. Doch zuvor sollten alle Faktoren sehr genau gegeneinander abgewogen werden. Wenn das Eigentum schon mehrere Jahre ohne seinen Besitzer überstanden hat, kann das vielleicht auch noch eine Weile so bleiben. Nichts währt letztlich ewig. Ist der Verkauf einer Wohnung oder eines Autos das Risiko des Freiheitsverlustes wert? Das entscheidet jeder selbst. Doch die vom Regime eingeführten Beschränkungen der Verfügungsgewalt über Eigentum sind ein Verstoß gegen die Grundrechte und eine Weigerung des Staates, seinen grundlegenden Verpflichtungen gegenüber den Staatsbürgern nachzukommen – und das ist den belarussischen Machthabern offenbar auch vollkommen bewusst. Doch der Wunsch nach Rache und Schwierigkeiten für die verhassten »Geflohenen« überwiegt.

Ein weiterer Spaltungsversuch

Der unterzeichnete Erlass ist auch ein Versuch, einen Keil in die Diaspora zu treiben. Die Perspektiven auf einen kürzlich vom Vereinten Übergangskabinettt präsentierten neuen belarussischen Pass sind bislang nur vage. Das liegt vor allem daran, dass völlig unklar ist, welche Staaten ihn anerkennen werden, wann das passieren wird und ob überhaupt. Swetlana Tichanowskaja versicherte heute, dass ihr Team daran arbeite, dass die Staatsbürger nicht ohne Pässe blieben. Ihr zufolge werden im September Beratungen mit der EU-Kommission statt-

finden, ebenso werde das Thema in der UN-Generalversammlung besprochen. Doch in jedem Fall nehmen diese Abstimmungsprozesse einige Zeit in Anspruch, unterdessen werden viele Belarussen bereits mit dem Ablauf der Gültigkeit ihres wichtigsten Personaldokumentes konfrontiert sein. Die daraus entstehenden Probleme wird manch einer wohl auch den Demokratischen Kräften anlasten, die ihre Mitbürger nicht ausreichend schützen. Das kann wiederum zu Konflikten zwischen Vertretern der Diaspora und der Führung der Demokratischen Kräfte führen, worauf es das Regime auch angelegt hat.

Und in der Zwischenzeit?

Vieles wird davon abhängen, wie sich die Regierungen der Staaten positionieren, in denen heute viele Belarussen leben. Sie könnten zum Beispiel beschließen, die Gültigkeitsdauer belarussischer Pässe zu verlängern. Oder bei abgelaufenen Dokumenten einfach »nicht genau hingucken«. Dabei hängt auch viel von den belarussischen Demokratischen Kräften ab, die entsprechende Verhandlungen führen müssen, immer unter Berücksichtigung der schwierigen Situation, in der sich viele Belarussen auf absehbare Zeit befinden werden. Und es gibt Präzedenzfälle. In Polen können belarussische Staatsbürger beispielsweise seit dem 1. Juli in vereinfachtem Verfahren ein sogenanntes polnisches Ersatzreisedokument erhalten, das einen verlorenen oder abgelaufenen Reisepass ersetzt. Es ermöglicht die Aus- und Einreise nach bzw. aus Polen. Bislang gilt diese Regelung temporär bis Ende 2023. Doch in Anbetracht der neuen Situation nach Lukaschenkos Erlass ist es durchaus möglich, dass die polnische Regierung dieses Verfahren fortsetzt. Auch hier wird viel von den Kontakten zur polnischen Seite und den Bemühungen des Vereinten Übergangskabinetts abhängen.

Doch die Diaspora sollte nicht nur auf die Demokratischen Kräfte hoffen. Die Belarussen in der Emigration stehen tatsächlich vor ernstzunehmenden Herausforderungen. Aber ihre Anzahl ist groß genug, um sich gemeinsam an die Regierungen der Aufnahmestaaten zu wenden. Diese Regierungen haben zwar keinen Einfluss auf das Problem der Eigentumsengeschäfte in Belarus, doch sie können den in ihrem Land lebenden Belarussen zuhören und durchaus dabei helfen, die Probleme mit den Dokumenten zu lösen. Das Wichtigste ist also, nicht passiv zu bleiben. So ist es nunmal mittlerweile: Das Regime handelt garstig, die Belarussen suchen einen Ausweg. Und der wird sich finden. Und die Garstigkeiten werden früher oder später ein Ende finden.

Übersetzung aus dem Russischen von Tina Wünschmann

Die Redaktion der Belarus-Analysen freut sich, dekode.org als langfristigen Partner gewonnen zu haben. Auf diesem Wege möchten wir helfen, die Zukunft eines wichtigen Projektes zu sichern und dem Qualitätsjournalismus in Osteuropa eine breitere Leserschaft zu ermöglichen. Wir danken unserem Partner dekode.org für die Erlaubnis zum Nachdruck.

CHRONIK

01. Juni – 31. August 2023

01.06.2023	Der Menschenrechtsbeauftragte der Werchowna Rada, des ukrainischen Parlaments, Dmytro Lubinez, wirft den belarusischen Behörden eine Beteiligung an der Zwangsumsiedlung ukrainischer Kinder vor. Zuvor übergab Pawel Latuschka, der Leiter des belarusischen nationalen Volks-Antikrisenverwaltung, der ukrainischen Generalstaatsanwaltschaft »Beweise für Kriegsverbrechen« des Regimes von Lukaschenka.
03.06.2023	Die Agentur Moody's stuft die Kreditwürdigkeit von Belarus von Ca auf C herab. C-geratete Verbindlichkeiten stellen die niedrigste Kategorie dar. Ein Zahlungsausfall ist in der Regel bereits eingetreten. Es bestehen geringe Aussichten auf Zins- und Kapitalrückzahlungen.
05.06.2023	Aljaksandr Lukaschenka räumt ein, dass die westlichen Sanktionen den Lebensstandard in Belarus gesenkt hätten.
06.06.2023	Belarus wird als nichtständiges Mitglied nicht in den UN-Sicherheitsrat gewählt; stattdessen nimmt Slowenien diesen Platz ein.
07.06.2023	Sofija Sapega, die 2021 zusammen mit dem belarusischen Blogger und Oppositionsaktivisten Raman Pratasewitsch nach einer erzwungenen Landung ihres Ryanair-Fluges am Flughafen Minsk von belarusischen Sicherheitskräften festgenommen und dann von Menschenrechtsorganisationen als politische Gefangene anerkannt wurde, wird von Lukaschenka begnadigt.
07.06.2023	Die Sanktionen gegen die belarusische Fluggesellschaft »Belavia« werden vom US-Handelsministerium um weitere 180 Tage verlängert: Belavia ist die Teilnahme an Transaktionen im Zusammenhang mit Produkten, Software oder Technologie, die aus den USA exportiert werden, untersagt. Das Unternehmen wurde am 16. Juni 2022 mit Sanktionen belegt, weil es in den USA hergestellte Boeing-Flugzeuge eingesetzt hatte und damit gegen die nach der russischen Invasion in der Ukraine verhängten Beschränkungen verstieß. Am 13. Dezember 2022 waren sie um sechs Monate verlängert worden.
08.06.2023	Großbritannien weitet die Sanktionen gegenüber Belarus aus. Das neue Sanktionspaket umfasst das Einfuhrverbot für Gold, Zement, Holz und Gummi.
08.06.2023	Belarus hat die UN-Resolution zum Recht der Flüchtlinge auf eine Rückkehr nach Abchasien und Südossetien nicht unterstützt. Neun Länder stimmten gegen die Resolution: Belarus, Russland, Syrien, Nicaragua, Sudan, Simbabwe, Burundi, Kuba und die Demokratische Volksrepublik Korea.
09.06.2023	Ab Juli werde mit der Verlegung von russischen Atomwaffen nach Belarus begonnen, erklärt Wladimir Putin. Ende März hatte Putin angekündigt, dass bis zum 1. Juli der Bau eines Sonderlagers für taktische Atomwaffen in Belarus abgeschlossen sein sollte.
12.06.2023	Die litauische Generalstaatsanwaltschaft leitet eine vorläufige Ermittlung in Bezug auf die Beteiligung von Belarus an der Verbringung ukrainischer Kinder auf das Gebiet der Republik Belarus ein.
16.06.2023	Wladimir Putin erklärt, dass die ersten Atomsprengköpfe nach Belarus geliefert worden seien.
20.06.2023	Russland habe noch keine Atomwaffen nach Belarus verlegt, erklärt der ukrainische Geheimdienst.
20.06.2023	Swjatlana Zichanouskaja schlägt dem Europarat eine koordinierte Strategie für Belarus vor. Die vorgeschlagene Strategie sollte u. a. folgende Schlüsselemente umfassen: Der Sanktionsdruck auf das Lukaschenka-Regime soll erhöht und seine Vertreter*innen wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit vor Gericht stellen.
24.06.2023	Vor dem Hintergrund der Lage in Russland (wegen des Aufstands der Wagner-Gruppe) fordert Swjatlana Zichanouskaja den Westen dazu auf, sich weiterhin auf die Hilfe für die Ukraine und die Befreiung von Belarus von der Tyrannei zu konzentrieren. In einer Sondererklärung gibt das Vereinigte Übergangskabinett von Belarus bekannt, dass die Entscheidungen der »Regierung« Lukaschenkas und des belarusischen Sicherheitsrates auf dem Territorium von Belarus und über seine Grenzen hinaus keine Rechtskraft haben.
24.06.2023	Vor dem Hintergrund des Aufstands der Wagner-Gruppe in Russland bringt der Sicherheitsrat von Belarus seine Unterstützung für Russland zum Ausdruck.
24.06.2023	Nach Angaben des Telegram-Kanals »Pul Perwogo« (»Pool des Ersten«) habe Lukaschenka Jewgenij Prigoschin überredet, den Vormarsch der Wagner-Gruppe in Richtung Moskau zu stoppen. Prigoschin bestätigt die Umkehr der Militärkolonnen.
26.06.2023	Wladimir Putin erklärt, dass Kämpfer der Wagner-Gruppe nach Belarus reisen könnten.
27.06.2023	Lukaschenka bestätigt die Ankunft des Anführers der Wagner-Gruppe, Jewgenij Prigoschin, in Belarus. Er versichert ebenso, dass sich ein erheblicher Teil der russischen Atomwaffen, die nach Belarus gebracht werden sollen, bereits auf dem Territorium des Landes befinde.

28.– 29.06.2023	Swjatlana Zichanouskaja hält sich in Brüssel auf und trifft sich mit dem Hohen Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, dem Vorsitzenden des Europäischen Rates, Charles Michel, und dem EU-Kommissar für Erweiterung und Nachbarschaftspolitik, Olivér Várhelyi. Borrell bekräftigt seine »uner-schütterliche Unterstützung« für diejenigen, die sich für ein freies, unabhängiges und demokratisches Belarus einsetzen. Zichanouskaja schlägt vor, einen Sonderbeauftragten der EU für Belarus zu ernennen.
29.06.2023	Das erste Treffen der neu gebildeten Konsultationsgruppe von EU und Belarus findet in Brüssel statt. Die belar-usische Seite wird durch den Koordinierungsrat, das Vereinigte Übergangskabinett, das Büro von Swjatlana Zichanouskaja, das Team von Wiktar Babaryka sowie Menschenrechtsaktivist*innen, Medien und Kulturini-tiativen vertreten. Besprochen wurden u. a. die Situation der Menschenrechte in Belarus, eine gemeinsame Stra-tegie der EU und der belarussischen demokratischen Kräfte, die Unterstützung für die Zivilgesellschaft, Unter-stützung im Bereich der Medien- und Kommunikation sowie die Erhöhung der Mobilität der Belarus*innen (Visa- und Migrationsfragen).
29.06.2023	Litauen stellt die Ausstellung nationaler Visa in Belarus ein.
02.07.2023	Die Wagner-Gruppe erklärt, sie werde sich vorübergehend nicht an der »speziellen Militäroperation« in der Ukraine beteiligen; Hintergrund sei der »Umzug in die Republik Belarus«.
03.07.2023	Der stellvertretende belarussische Außenminister, Jury Ambrasewitsch, erklärt, dass die Beziehungen zwischen Belarus und dem Westen auf dem niedrigsten Stand seit der Unabhängigkeit des Staates seien.
04.07.2023	Die Parlamentarische Versammlung der OSZE erklärt in den Abschlussdokumenten der 30. Jahrestagung: Der »gewaltsame imperiale und koloniale« Charakter des russischen Staates komme in der schleichenden Anne-xion Belarus' voll zum Ausdruck. Die Versammlung verurteilt »die breite Unterstützung, die Belarus für den Angriffskrieg der Russischen Föderation gegen die Ukraine gewährt«.
06.07.2023	Die NATO sei besorgt über die Lage in Belarus und habe bisher keine Massenankunft von Wagner-Söldner beobachtet, so der NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg.
11.07.2023	Das belarussische Verteidigungsministerium erklärt, dass die Wagner-Gruppe nach Belarus kommen wird, »um Kurse und gegenseitigen Erfahrungsaustausch durchzuführen«.
13.07.2023	Der neue Leiter der EU-Delegation in Belarus, Steen Nørlov, ist in Minsk eingetroffen; er überreicht dem Außenministerium Kopien seiner Beglaubigungsschreiben als Geschäftsträger.
14.07.2023	Der Grenzschutz der Ukraine berichtet von einem Abzug fast aller russischen Truppen aus Belarus; Wolody-myrr Selenskyj erklärt, es bestehe keine Gefahr einer Invasion aus Belarus.
18.07.2023	Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments ist besorgt über die Verwandlung von Belarus in einen Satellitenstaat der Russischen Föderation und fordert den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag auf, einen Haftbefehl gegen Lukaschenka zu erlassen, weil Minsk die Verantwortung für den der Ukraine zugefügten Schaden und die auf seinem Territorium begangenen Verbrechen trage, einschließlich derjenigen im Zusammenhang mit der illegalen Verschleppung ukrainischer Kinder.
18.– 22.07.2023	Der ukrainische Geheimdienst berichtet, dass 500 bis 700 Kämpfer der Wagner-Gruppe in Belarus angekom-men seien; am 22. Juli sollen laut Angaben des Geheimdienstes bereits ca. 5.000 Wagner-Söldner in Belarus stationiert sein.
01.08.2023	Das polnische Verteidigungsministerium erklärt, dass belarussische Hubschrauber den polnischen Luftraum verletzt hätten. Das belarussische Verteidigungsministerium bestreitet dies.
03.08.2023	Die EU führt neue Sanktionen gegen Belarus ein. Sie umfassen die Ausweitung des Exportverbots nach Belarus für eine Reihe hochsensibler Güter und Technologien, die zur militärisch-technischen Entwicklung des Lan-des beitragen, sowie ein Verbot »der Ausfuhr von Schusswaffen und Munition sowie von Gütern und Techno-logien, die für den Einsatz in der Luft- und Raumfahrtindustrie geeignet sind«.
04.08.2023	Das belarussische Außenministerium erinnert als Reaktion auf die EU-Sanktionen gegen den militärisch-tech-nischen Sektor an die Risiken einer Nahrungsmittelkrise in der Welt.
06.08.2023	In Warschau findet zum zweiten Mal die Konferenz »Neues Belarus« statt. Der Entwurf eines alternativen Reisepasses für Belarus*innen wird auf der Konferenz vorgestellt: das Dokument soll biometrische Daten des / der Inhaber*in enthalten und einen anderen Ländercode haben als der, der in den offiziellen belarussischen Pässen angegeben ist.
09.08.2023	In mehr als 20 Städten der Welt finden Aktionen anlässlich des dritten Jahrestages des Beginns der Massen-proteste in Belarus statt.

09.08.2023	Die USA weiten die Sanktionen gegen das belarusische Regime aus. Hintergrund ist das gewaltsame Vorgehen der Regierung gegen Dissident*innen nach der letzten Präsidentschaftswahl vor drei Jahren. Die Sanktionsliste umfasst u. a. die Fluggesellschaft Belavia, Abteilung für Finanzermittlungen des Staatskontrollausschusses, das Belarusische Hüttenwerk, BelCapSteel LLC, und das Minsker Zivilluftfahrtwerk. Zudem werde 101 belarusischen Beamten, Richtern sowie weiteren für die Untergrabung der Demokratie Verantwortlichen die Einreise verweigert.
11.08.2023	Aljaksandr Lukaschenka spricht über die Notwendigkeit, bilaterale Beziehungen mit Polen wiederaufzubauen.
12.08.2023	Der stellvertretende Außenminister von Polen, Paweł Jabłoński erklärt: Um die Beziehungen zwischen Belarus und Polen zu verbessern, müsse Lukaschenka die Migrationskrise deeskalieren und politische Gefangene freilassen.
18.08.2023	Litauen schließt die Kontrollpunkte Šumskas (Loscha) und Tverečius (Widsy) an der Grenze zu Belarus. Das Parlament des Landes hat diese Entscheidung im Zusammenhang mit möglichen Bedrohungen durch Wagner-Söldner getroffen, die sich auf dem Territorium von Belarus befinden.
25.08.2023	Lukaschenka erklärt, dass nach dem Tod von Jewgenij Prigoschin der Kern der Wagner-Gruppe in Belarus bleiben werde.
29.08.2023	Die Russische Föderation habe alle ihre Bodentruppen aus Belarus abgezogen, erklärt der Befehlshaber der Streitkräfte der Ukraine.
31.08.2023	Der Hauptverwaltung Aufklärung der Ukraine zufolge seien erst vor wenigen Tagen die ersten Atomsprenköpfe aus Russland nach Belarus gebracht worden.

Zusammengestellt auf der Grundlage von Meldungen des Nachrichtenkanals auf Telegram [pozirkonline](https://t.me/laender-analysen) (ehem. [naviny.by](https://t.me/naviny.by)).

Sie können die gesamte Chronik ab dem 14.03.2011 auch auf <http://www.laender-analysen.de/belarus/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
 Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
 Deutsches Polen-Institut
 Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
 Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
 Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) gGmbH

Redaktion:

Olga Dryndova (verantwortlich)
 Sprachredaktion: Hartmut Schröder
 Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Margarita Balmaceda, Seton Hall University / Harvard University
 Prof. Dr. Heiko Pleines, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
 Dr. Astrid Sahn, IBB Dortmund

Die Meinungen, die in den Belarus-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
 Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Alle Ausgaben der Belarus-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de
 ISSN 2192-1350 © 2023 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
 e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/belarus>



LÄNDER-ANALYSEN



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

X @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa, Osteuropa und Zentralasien. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen erscheinen fünf bis sechs Mal pro Jahr.

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause an jedem ersten und dritten Mittwoch im Monat.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen erscheinen sechs Mal pro Jahr.

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

X, TWITTER, TWEET, RETWEET und das X Logo sind eingetragene Markenzeichen von X-Corp. oder angeschlossenen Unternehmen.